

Pressemitteilung 572/ 2016

23.11.2016

Marcel Braumann, Pressesprecher

Recht

Tel.: 0351 - 4935823

Handy: 0171 - 8983985

Landtagsanhörung: Notstand der Rechtsmedizin in Sachsen

Fax: 0351 - 4960384

Klaus Bartl: Unaufgeklärte Kapitalverbrechen in Sachsen durch Notstand der Rechtsmedizin – Anhörung zu Handlungsbedarf

Zu den Ergebnisse der heutigen öffentlichen Anhörung des Verfassungs- und Rechtsausschusses zum Antrag der Linksfraktion „Sicherung einer leistungsfähigen, zukunftssicheren und flächendeckenden Rechtsmedizin in Sachsen“ ([Landtags-Drucksache 6/6015](#)) erklärt **Klaus Bartl, rechtspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag:**

Die faktische Liquidierung der Rechtsmedizin in Chemnitz hat zu einem dramatischen personellen Aderlass geführt. So arbeiten derzeit beispielsweise in den Gesundheitsämtern allein in Chemnitz und Zwickau fünf erfahrene Fachärzte für Rechtsmedizin, die nicht mehr für rechtsmedizinische Aufgaben zur Verfügung stehen. Die Linksfraktion hatte dies bereits in der letzten Wahlperiode kritisiert und in einer parlamentarischen Initiative auf Abhilfe gedrungen ([Parlaments-Drucksache 5/5870](#)). Die von der CDU/FDP-Koalition verursachte Misere bei der Rechtsmedizin besteht aber unter der CDU/SPD-Koalition fort.

So besteht auch weiterhin die Gefahr, dass schwere Verbrechen mangels rechtzeitiger rechtsmedizinischer Untersuchungen nicht ordentlich rechtsmedizinisch aufgeklärt werden, Straftaten gegen Leib und Leben ungesühnt bleiben und damit das Vertrauen der Bevölkerung in funktionierende Ermittlungstätigkeit der Justiz nachhaltig erschüttert wird. Der Sachverständige [Prof. Dr. Bernd Brinkmann](#) machte deutlich, dass die Häufigkeit von Obduktionen mit der Entfernung des Tatorts zum nächsten Untersuchungsstandort abnimmt. Er verwies zugleich auf Verzögerungen und zusätzliche Kosten in Strafverfahren, wenn etwa infolge unvollständiger Untersuchungen und nicht festgestellten Todeszeitpunktes externe Gutachter bestellt werden müssen.

Die Sachverständigen-Runde war hochkarätig besetzt. Die rechtsmedizinischen Institute an den Universitäten Leipzig und Dresden arbeiten defizitär und personell absolut am Limit. Allein für die Sicherung der rechtsmedizinischen Grundversorgung im dichtbesiedelten Landesdirektionsbezirk Chemnitz werden zusätzliche jährliche Haushaltsmittel in Höhe von mindestens einer halben Million Euro benötigt. Es geht nicht an, dass eine unbekannte Dunkelziffer von nicht aufgeklärten Tötungs- und Kapitalverbrechen besteht und Opfer von Gewalt- und Sexualstraftaten nicht unverzüglich rechtsmedizinisch begutachtet werden können, weil der von Sparzwängen verursachte Personalmangel dies verhindert.